

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 63 (1976)
Heft: 12: Musikerziehung in der Schule I : Analysen und Perspektiven

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

19. Das Curriculum Musik muss einer dauernden Reform geöffnet bleiben. Neue Stoffe, Erfahrungen und Erkenntnisse sind in den Plan einzubeziehen.

20. Einführung, Realisierung und Evaluation des Curriculums bedingt eine dauernde Institution, wobei den Ausbildungszentren die Hauptaufgabe zukommt.

Die Musikerziehung und der Musikunterricht werden auch in Zukunft ihre Legitimation behaupten und an den Primar-, Real-, Sekundar- und Bezirksschulen der Schweiz vertreten sein. Voraussetzung ist, dass das Fach Musik durch seine qualitative Verbesserung einen Beitrag zu leisten vermag zum Ziel, eine Gesellschaft freier, entscheidungsfähiger und glücklicher Menschen heranzubilden, welche die Möglichkeit und Fähigkeit haben, ihr Leben nicht nur ökonomisch, sondern auch ästhetisch und sinn- erfüllt optimal zu gestalten.

Zitierte Literatur:

Blankertz H.: Theorien und Modelle der Didaktik. München 1970⁴.

Bloom B. et al.: Taxonomy of Educational objectives. Handbook I: cognitive domain. New York 1956.

Bruner J. S.: Toward a theory of instruction. Cambridge, Mass. 1967⁴.

Frey K.: Theorien des Curriculums. Weinheim 1971.

Kestenberg L.: Musikerziehung und Musikpflege. Leipzig 1921.

Krathwohl D., Bloom B., Masia B.: Taxonomy of Educational objectives. Handbook II: affective domain. New York 1964.

Oerter R.: Moderne Entwicklungspsychologie. Donauwörth 1969⁴.

Robinson S. B.: Bildungsreform als Revision des Curriculums. Neuwied 1967.

Schünemann G.: Geschichte der deutschen Schulmusik. Leipzig 1928.

Wichtiger Hinweis

Die Dissertation «Musikerziehung in der Schweiz» von P. Kälin ist kürzlich in der «Schriftenreihe zur Musikpädagogik» im Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt a.M. veröffentlicht worden und erscheint als Lizenzausgabe auch in der Reihe «Bildungswesen aktuell» des Sabe-Verlages Zürich.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

LU: Motion zur Teilung von Lehrpensen

Namens der sozialdemokratischen Fraktion haben die Grossräte Schmidt, Herbst, Wiprächtiger und Moser eine Motion über die Änderung beziehungsweise Ergänzung von Paragraph 9 Absatz 3 des Erziehungsgesetzes eingereicht: «Wir bitten den Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Vorlage zu unterbreiten, nach der Paragraph 9 Abs. 3 des Erziehungsgesetzes in dem Sinne zu ergänzen wäre, dass das Teilen von Lehrpensen möglich wird. In der Folge sind auch die besoldungsmässigen und versicherungstechnischen Fragen zu lösen.»

Die Motion ist am 6. April 1976 im Grossen Rat eröffnet worden.

UR: Schülerzahlen gehen zurück

Gemäss Schulstatistik 1975/76 ist die Gesamtschülerzahl im Kanton Uri von 7002 auf 6967 zurückgegangen. Die Schulabteilungen nahmen demgegenüber um 10 auf 290 Stellen zu. Beson-

ders stark rückläufig war die Entwicklung an der Urner Mittelschule: Innerhalb von zwei Jahren sank die Schülerzahl von 547 auf 444 ab. Im Verhältnis zu den studierenden Burschen sind die Mädchen mit 27,7 Prozent noch schwach vertreten. Der Anteil der fremdsprachigen Schüler an den Urner Schulen ist mit 2,05 Prozent relativ gering.

Positiv wirkte sich ein weiterer Ausbau der Kindergartenstufe aus: Gegenüber früher nahm die Zahl der Repetenten der ersten Klasse erheblich ab. Eine ähnliche Verbesserung könnte nach Auffassung der Erziehungsdirektion durch einen Ausbau der Hilfsschulen erreicht werden. Zentralisierte Hilfsschulen werden gegenwärtig an drei Schulorten im Kanton Uri geführt.

ZG: Wieder Frühjahrs-Schulbeginn im Kanton Zug?

Im Zuger Kantonsrat ist eine Motion überwiesen worden, in der der Regierungsrat aufgefordert

wird, die Verlegung des Schulbeginns vom Spätsommer auf das Frühjahr zu prüfen. Würde der Kanton Zug dem Begehren des freisinnigen Motionärs folgen, so käme das einer weiteren Schrumpfung der Innerschweizer Koordination des Schulbeginns gleich, weil bereits der Kanton Schwyz ausgeschert ist. Zug hatte erst 1974 den Herbstschulbeginn eingeführt.

ZG: Die dritte Sekundarklasse

In einer Kleinen Anfrage will Oswald Holzgang (CVP, Risch) vom Regierungsrat wissen, warum die Bedingungen für den Besuch der dritten Sekundarschulklasse nicht kantonale geregelt seien. Die einzelnen Gemeinden haben im Kanton Zug das Recht, eigenständig gemäss einem von Fall zu Fall festzulegenden Notendurchschnitt die Zutrittsberechtigung zur dritten Sekundarklasse festzulegen, da das 9. Schuljahr gegenwärtig noch nicht obligatorisch ist. Holzgang stösst sich daran, dass bisweilen Eltern und Schüler sieben Wochen vor Schulschluss noch keinen definitiven Bescheid hätten. Bei der allfälligen kurzfristigen Absage sei es in der heutigen Zeit unmöglich, eine Lehrstelle oder eine andere Schulumöglichkeit zu finden.

ZG: Revision der Richtlinien für Stipendien

Das in den im Juni 1975 vom Regierungsrat erlassenen Richtlinien über die Ausrichtung von Stipendien und Studiendarlehen festgelegte Punktesystem hat in seiner kaum einjährigen Praxis Mängel und Unzulänglichkeiten gezeigt. Vor allem ergab sich, dass die Zahl der Kinder eines Bewerbers bei der Punkteberechnung zu wenig berücksichtigt wurde. Die vom Regierungsrat vorgenommene Revision der Richtlinien begünstigt nun durch das neue progressive Punktesystem kinderreiche Familien.

ZG: Schuldauer an der Kantonsschule gibt erneut zu reden

Zuhanden der zweiten Beratung des Kantonsratsbeschlusses über die Schuldauer an der Kantonsschule hat Heinz Bosshard (FDP, Zug) den Antrag eingereicht, die siebenjährige Schuldauer erst ab Herbst 1979 einzuführen. Er begründet diesen Antrag wie folgt: «Zufolge des Konkordatsbeitritts wurde im Jahre 1972/73 ein Langschuljahr eingeführt. Bis zum Spätsommer 1978 treten also Schüler in die Kantonsschule ein, die sechseinhalb Jahre Primarschule hinter sich haben, ohne dass altersmässig früher eingeschult wurde. Diesen drei letzten Primarschul-Langjahren wird nun zugemutet, auch noch die ersten zu sein, die in den Genuss der ein Jahr länger dauernden Kanti kommen. Es ist den betroffenen Schülern (und ihren Eltern) nicht zuzumu-

ten, innerhalb von fünf Jahren zweimal eine Schulverlängerung in Kauf zu nehmen, ohne ein höheres Lernziel erreichen zu können.»

AG: Der Aargauer Lehrerverein zum Lehrerüberfluss

Die Gründe für den derzeit herrschenden Lehrerüberfluss seien mannigfaltig und komplex, schreibt der Präsident des Aargauer Lehrervereins (ALV), Guido Suter, in seinem Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr. An der gegenwärtigen Situation seien die Lehrer «nicht ganz schuldlos»: Viele Lehrer hätten nach ihrer Ausbildung ihrem Beruf den Rücken gekehrt und seien in besser bezahlte Berufe abgewandert. Die Lehrer hätten auf diese Art zum seinerzeitigen Mangel beigetragen.

AG: Abschaffung der Lehrer-Ortszulagen?

Im aargauischen Grossen Rat ist eine Motion eingereicht worden, mit der die Abschaffung der Ortszulage für Lehrer angestrebt wird. Durch den parlamentarischen Vorstoss (eines CVP-Grossrats) wird verlangt, dass der entsprechende Passus im kantonalen Lehrerbesoldungsdekret, der den Gemeinden das Recht einräumt, ihren Lehrern eine jährliche kommunale Zulage bis zu 1500 Franken zur kantonalen Besoldung zu gewähren, aufzuheben sei. Der Motionär verweist darauf, dass die Bedeutung der Ortszulagen überholt sei und die Lehrkräfte, verglichen mit anderen ebenbürtigen Fachkräften, «nicht nur gut, sondern sehr gut besoldet sind». Die Gemeindeamännerkonferenz des Kantons Aargau hat erst kürzlich beschlossen, den Gemeinden sei eine Aufhebung der Ortszulagen zu empfehlen.

AG: HPL Zofingen eröffnet

Dem Ausbau des Bildungswesens soll auch unter veränderten ökonomischen Verhältnissen nach wie vor eine hohe Priorität eingeräumt werden. Der Vorsteher des Eidg. Departementes des Innern, Bundesrat Hans Hürlimann, betonte diesen Willen des Bundesrates mit allem Nachdruck an der Eröffnung der Höheren Pädagogischen Lehranstalt (HPL) in Zofingen.

Von der HPL erwartet er daher eine Stärkung jener Kräfte, die wir brauchten, um die mancherorts um sich greifende Resignation im Bildungswesen zu überwinden. Denn immer öfter tauche die Frage auf, wieweit wir den angestrebten Ausbau unseres Bildungswesens finanziell überhaupt verkraften könnten. Mit der Eröffnung der HPL aber werde die Überzeugung gefestigt, dass bildungspolitische Reformen auch in finanziell schwierigen Zeiten zu verwirklichen seien. Die durch die Rezession zutage getretenen Probleme bewiesen aber einmal mehr, dass Bildung

nicht nur das individuelle Schicksal des einzelnen wesentlich bestimme, sondern auch jenes unserer ganzen Gemeinschaft.

AG: Keine Taschenrechner in der Volksschule

Die Verwendung von Elektronenrechnern in der Volksschule biete keine Vorteile und ihr Einsatz im Unterricht liesse sich nicht rechtfertigen, hält der aargauische Regierungsrat in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage fest. In der Volksschule würden keine so arbeitsintensiven Aufgaben gestellt, dass sich die Verwendung von Taschenrechnern aufdrängen würde. Zudem könnten gewisse Bildungsziele nicht mehr erreicht werden, so die Beherrschung des numerischen Rechnens und die Vertrautheit mit den Zahlen. An den Mittelschulen dagegen werde der klassenweise Einsatz von Elektronenrechnern bereits im Schulversuch erprobt, wird in der Antwort erklärt.

AG: Auf Hochschulvorlage eingetreten

Die grossrätliche Kommission zur Vorberatung des aargauischen Hochschulgesetzes hat sich nach langer Diskussion zum Eintreten auf das Gesetz durchgerungen. Der Eintretensbeschluss ist einstimmig gefasst worden.

Diesem Entscheid gingen ausgedehnte Orientierungen voraus. Die Kommission hatte dazu auch auswärtige Experten wie den Präsidenten des Schweizerischen Wissenschaftsrates, Professor Hugo Aebi, und den Sekretär der Hochschulkonferenz, Dr. Rolf Deppeler, zugezogen. Die 15 Kommissionsmitglieder, die unter dem Freisinnigen Alfred Regez tagten, liessen sich davon überzeugen, dass grössere Abweichungen vom vorliegenden Hochschulprojekt nicht möglich sind. Dieses Konzept war in einer dreijährigen Arbeit von der Vorbereitungsstufe der Hochschule Aargau entwickelt worden.

AG: Keine fixen Zahlen zu den Klassengrössen

Gemäss Paragraph 23 der Volksschulverordnung hätte der Erziehungsrat Richtzahlen für die Schülerbestände der Klassen festzusetzen. Nach ein-

gehender Diskussion hat er sich entschlossen, keine fixen Zahlen für die Grösse der einzelnen Schulabteilungen festzulegen, sondern in der Form eines Hinweises zu Händen der kommunalen Schulträger eine Interpretation des Paragraphen 23 zu geben und Richtwerte vorzuschlagen. Diese Handreichung soll die Schulträger in die Lage versetzen, die Schülerzahlen der Klassen und Abteilungen so anzusetzen, dass sie den pädagogischen Erkenntnissen entsprechen und auch die besonderen Verhältnisse der Gemeinden und Bezirke berücksichtigen.

VD: Einweihung des kantonalen Technikums in Yverdon

In Yverdon ist der Neubau des kantonalen Technikums der Waadt eingeweiht worden. Die Errichtung des Neubaus der von der Eidgenossenschaft als höhere technische Lehranstalt anerkannten Schule im Norden der Waadt wurde im Rahmen der Dezentralisierungsbemühungen des Kantons im Schulwesen vom Grossen Rat nach harten Auseinandersetzungen in den sechziger Jahren beschlossen. Unweit des neuen Technikums, das für etwas mehr als 500 Schüler konzipiert worden ist und rund 45 Millionen Franken kosten wird, besteht bereits das vor kurzem eingeweihte Schulgebäude für Seminar und Gymnasium des Nordens der Waadt.

GE: Für mehr Hochschul-Mobilität

Am Dies Academicus 1976 der Universität Genf ist Rektor Ernst Heer für eine grössere Mobilität der Studenten und des Lehrkörpers auf nationaler und internationaler Ebene eingetreten. Er befürwortete insbesondere eine vermehrte Berufung von Lehrpersonen aus dem Ausland und die systematische Aufnahme von Studenten und Assistenten aus den Entwicklungsländern. Heer bedauerte ausserdem, dass der Brauch, an verschiedenen Universitäten zu studieren, hauptsächlich wegen der starren Struktur der Studienpläne nach und nach verloren gehe. Der genferische Erziehungsdirektor André Chavanne sprach sich gegen den Numerus clausus aus, den er als ungerechte Lösung betrachtet.

Umschau

Keine Panik in der Berufswahl!

Die Rezession hat die Berufsberater im vergangenen Jahr mit Sorge erfüllt. Ist das postobligatorische Bildungssystem der noch bis ins Jahr 1981 steigenden Zahl der Schulentlassenen ge-

wachsen? Fallen die Jugendlichen mit dem leichteren schulischen Gepäck nicht zwischen Stuhl und Bank? Kann die zunehmende Zahl der Lehr-entlassenen von einer Wirtschaft übernommen werden, die in einem Jahr mehr als 100 000 Arbeitsplätze verloren hat?

Ständerat Dr. R. Broger äusserte sich in seiner Präsidialadresse anlässlich der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Schweizeri-